

## **Stuttgart 21 – Bankenkrise – Eurokrise: Notizen zum Verfall einer Demokratie<sup>1</sup> von Elke Schenk**

Der wahre Charakter eines Menschen offenbart sich laut dem Dichter Jean Paul erst dann, wenn man ihn in Zuständen der Trunkenheit, tiefster Trauer oder größter Gefahr erleben könne - im Alltäglichen zeige der Mensch nur seine gefällige Fassade. Die gefällige Fassade unserer Demokratie bröckelt. Zustände der emotionalen Trunkenheit vor Freude mögen vorgelegen haben, als der damalige Bahnchef Heinz Dürr jubelte:

„Die Art der Präsentation im April 1994 war ein überfallartiger Vorgang. Gegner und Skeptiker sind nicht im Stande gewesen, die Sache zu zerreden. Ein Musterbeispiel, wie man solche Großprojekte vorstellen muss.“ (Stg. Nachrichten, 14.2.1995).

Heute scheint das Gefühl der Gefahr vorzuherrschen in Stuttgart und der EU, - Gefahr, dass sicher geglaubte Profite, abgesicherte Machtbereiche und Herrschaftstechniken von den BürgerInnen in Frage gestellt werden.

**Leitthese: Im Umgang mit Stuttgart 21 sowie der Banken- und 'Euro'krise<sup>2</sup> seit 2008 wird das, was als demokratisch-rechtsstaatliche Grundlage unseres Gemeinwesens betrachtet wird, in unglaublicher Dreistigkeit und Geschwindigkeit untergraben und nur noch als Kulisse aufrecht erhalten.**

**Ich werde diese Leitthese an Hand von 4 Unterpunkten darstellen und in einem zweiten Teil einige Schlussfolgerungen für das politische Handeln sozialer Bewegungen ziehen.**

### **(1)**

**Der Zusammenhang von Entscheidung und Verantwortung wird aufgelöst. Das Wahlrecht wird in seiner Wirkung neutralisiert.**

Schülern wird das Wesen der Demokratie an Hand der Definition des Staatsrechtlers Prof. Rupert Scholz erklärt: „Demokratie legitimiert sich aus dem unauflöselichen Zusammenhang von Entscheidung und Verantwortlichkeit. Die gewählten Volksvertreter sind für ihre Entscheidungen vor dem Bürger verantwortlich.“

Es ist offensichtlich, dass dieser Zusammenhang bei Stuttgart 21 nicht existiert. Diejenigen, die uns S 21 eingebrockt haben, sind schon längst in andere Verantwortungsbereiche in Politik oder Wirtschaft gewechselt (Mehdorn, Oettinger, Mappus). Herr Oettinger wird die aus dem Ruder laufenden Kosten nicht übernehmen müssen, obwohl er seinen Beamten, die die schlampige Kostenrechnung der Bahn anzweifelten, die genaue Kostenprüfung und Veröffentlichung ihrer Befunde untersagte. Auch für die Folgen eines geschrumpften Bahnangebotes und schlechteren öffentlichen Verkehrs für die BürgerInnen werden weder die Bahnchefs noch die Politiker wirklich zur Rechenschaft gezogen. Ganz zu schweigen von Unfällen und Schäden, weil Sicherheitsvorschriften mit Sondergenehmigungen außer Kraft gesetzt wurden.

Das Verfahren, einmal in Gang gesetzt, rollt nach einem Politikwechsel weiter. Auch wenn die politischen „Projektpartner“ nun grün und rot statt schwarz und gelb gewandet auftreten, werden sie zu ihrer 'Projektförderpflicht' verdonnert. Die grün-rote-Landesregierung hält sich noch nicht einmal an die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, z. B. erst nach Vorliegen von genehmigten Planfeststellungen der Bahn das Baurecht zuzugestehen, von Versprechungen der grünen Winfrieds im Wahlkampf ganz zu schweigen. Noch nicht einmal die wenigen Rechte, die die Finanzierungsvereinbarung der Politik einräumt, werden von der Landesregierung eingefordert

<sup>1</sup> Der folgende Artikel ist die ausgearbeitete und aktualisierte Fassung meines Diskussionsbeitrags bei der Veranstaltung „Stuttgart 21 und die Krise“, am 23.1.2012 im Stuttgarter Rathaus. Stand: 22.2.2012

<sup>2</sup> Ich werde im Folgenden den Begriff der Eurokrise verwenden, aber in Anführungszeichen setzen, da die öffentliche Diskussion um die Refinanzierungskrise einiger EU-Staaten derzeit fälschlicherweise unter diesem Begriff geführt wird, und sich der Begriff aus Gründen der Textverständlichkeit anbietet. Für nähere Hintergründe zur 'Eurokrise' s. Anmerkung 4

(Information des Lenkungskreises über den aktuellen Bauablauf, Terminfortschritt, Kostenstand).

Es ist ja nicht die apokalyptische Phantasie der Stuttgart 21-Gegner, sondern reale Erfahrungen mit der Stuttgarter Geologie bei früheren Tunnelbauprojekten, auf denen die Gefahrenszenarien bzgl. der Absenkung des Grundwassers, des aufquellenden Gipskeupers, der Verschmutzung oder Fehlleitung der Mineralwasserströme sich gründen. Bei allem Schmerz über die Zerstörung: Der Bahnhof kann wieder aufgebaut werden, aber die Mineralquellen, einmal versiegt oder verschmutzt, können nicht wieder hergestellt werden. Gegen Folgen des politischen Handelns, die nicht rückholbar sind, hilft uns kein Wahlrecht.

Es rächt sich erneut, dass unsere Demokratie „an einem schweren Geburtsfehler leidet“, wie Arnold Künzli in der Basler Zeitung am 20.9.1996 feststellte:

Vor „den Gesetzen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind die Bürgerinnen und Bürger krass ungleich. Hier entscheidet nicht die Mehrheit, sondern das Eigentum. Deshalb war unsere bürgerliche Demokratie von allem Anfang an nur eine halbe. Und diese Hälfte schrumpft zusehends, je mehr die undemokratische Wirtschaft die demokratische Politik dominiert.“

Wirtschaftliche (Fehl)Entscheidungen von Konzernen sind den Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten durch das Volk entzogen. Wenn Stuttgart 21 scheitert, weil es die versprochene Leistung und Zuverlässigkeit nicht erbringt, weil die Risiken des Untergrunds sich realisieren, werden die Herren Grube oder Kefer nicht in Haft(ung) genommen. Das Baurecht der Bahn scheint ihr absolutistische Freiheiten zu verleihen, zu tun und zu (unter)lassen, wie es ihr beliebt.

Was im konkreten, lokalen, regionalen Bereich sehr direkt greifbar ist, findet auf nationaler und internationaler Ebene im Umgang mit der Banken- und Eurokrise seine Entsprechung.

Bürgschaften und Kredite zur Bankenrettung (SoFFin I + II) und sog. Eurorettung in der Höhe von mehreren Bundeshaushalten erlegen uns BürgerInnen Zahlungsverpflichtungen bis weit in die Zukunft auf. Ende Januar beschloss der Bundestag das zweite Bankenrettungspaket (SoFFin II) in Höhe von 480 Mrd Euro, obwohl den Parlamentariern die bisher aufgelaufenen Verluste aus der ersten Bankenrettung verschwiegen werden. (Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz – 2. FMStG, BT-Drucksache 17/8343). Die Medien berichteten kaum darüber, - schon gar nicht über die gegenüber SoFFin I erweiterten Möglichkeiten für die Banken, ihre Schrottpapiere in eine staatlich garantierte Bad Bank auszulagern, genannt Finanzmarktstabilisierungsfonds. Über Vorgänge, von denen der Souverän erst gar nichts erfährt, kann er auch die öffentliche Debatte nicht führen und die Politiker nicht zur Rede stellen. Flankierend zur Verheimlichung fungierte die Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf das Fehlverhalten von Bundespräsident Wulff.

Die Bürgschaften aus dem Europäischen „Rettungsschirm“ EFSF gelten „unwiderruflich“ und „unbedingt“ bis zur vollständigen Tilgung der gewährten Darlehen, egal wer die Wahlen gewinnt. Die Schrottpapiere der HypoRealEstate in Höhe von 200 Mrd Euro sowie der West-LB in Höhe von 77 Mrd Euro wurden in Bad Banks ausgelagert, und zwar zum Buchwert, nicht zum damals schon viel geringeren Marktwert der Papiere - für die Verluste haftet der Bund, also wir (vgl. Bundeshaushalt 2010 ca 300 Mrd Euro)!

Bankenvertreter bestimmen die nationale und europäische Politik; Beschlüsse werden mit ihnen vorab abgestimmt; ohne ihre Zustimmung läuft nichts. Sie diktieren den Politikern die Gesetze für die Bankenrettung, die die Steuerzahler viele Jahrzehnte belasten. Immer mit dabei: Noch-Deutsche Bank Chef Josef Ackermann.

Unter dem Druck von Frau Merkel sowie nicht legitimierten und nicht abwählbaren Akteuren wie der EU-Kommission, dem IWF, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Vertretern des Internationalen Bankenverbands, Ratingagenturen und spekulierenden Hedgefonds werden Regierungswechsel in Griechenland, Italien, Spanien forciert sowie Menschen und Wirtschaft ins

Elend gestürzt, ohne dass die Betroffenen die Möglichkeit haben, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Bei einer Arbeitslosenquote von 20 % bei den Erwachsenen und fast 50 % unter den Jugendlichen wird der griechische Mindestlohn auf 570 Euro abgesenkt und das daran gekoppelte (einheitliche) Arbeitslosengeld auf 271 Euro gekürzt. Nach einem Jahr gibt es nichts mehr!

Die EU-Krisenländer (Irland, Griechenland, Portugal, Italien) werden gezwungen, bevor auch nur ein Krediteuro fließt, eine parteiübergreifende Verpflichtung auf die Spar- und Reformmaßnahmen abzulegen, bevor ein neues Parlament gewählt wird. In Griechenland soll sogar der Schuldendienst als bevorzugte Form der Staatsausgaben in der Verfassung verankert werden. Es sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr der Revision durch Wahlen ausgesetzt werden dürfen.

Die jüngsten Beschlüsse auf EU-Ebene, die unter den Begriffen „Europäische Wirtschaftsregierung“, „Europäisches Semester“ und „Fiskalpakt“ firmieren, treffen neoliberale Festlegungen, die gerade dazu dienen sollen, Politik dem demokratischen Wechsel durch Wahlen zu entziehen. Hermann Scheer, im Oktober 2010 verstorbener Bundestagsabgeordnete aus Waiblingen, sprach vom „Beton der internationalen Verträge“. Immer mehr Entscheidungen werden in Zirkeln der oberen Herrschaftsebene getroffen. Leider gewähren unsere deutschen Abgeordneten ihnen das Siegel der demokratischen Legitimation, indem sie alles ohne genaue Prüfung abnicken.

- Bevor die Haushalte in den nationalen Parlamenten beraten werden dürfen, müssen seit diesem Jahr die Entwürfe aller EU-Länder nach Brüssel gemeldet werden. Die EU-Kommission befindet sich dann darüber, ob ein Land seine Einnahmen- und Ausgabenpraxis so gestalten darf oder nicht und macht genaue Vorgaben, auf welche Weise Haushaltsdefizite abzubauen sind. Insbesondere werden von allen Ländern „Reformen“ eingefordert, wie die weitere Deregulierung des Arbeitsrechts, die Pflicht zu weiteren Privatisierungen, die 'Anpassung' des Renteneintrittsalters (an falsche Prognosen zum demografischen Wandel<sup>3</sup>), also nach oben.
- Alle am Fiskalpakt, der Anfang März unterschrieben werden und zum 1.1.2013 in Kraft treten soll, teilnehmenden bislang 25 EU-Länder werden auf die gesetzliche Verankerung von Schuldenbremsen, vorzugsweise in den Verfassungen!! verpflichtet. Damit soll „deren uneingeschränkte Beachtung und Einhaltung im gesamten einzelstaatlichen Haushaltsverfahren gewährleistet“ werden.“ (Art. 3, Abs. 2).  
[Agreement on strengthening fiscal discipline and convergence](#) (PM, 30.1.2012)  
Es soll zukünftig auf EU-Ebene also nur noch ein Grundsatz bei Haushaltsberatungen gelten: die Erzielung eines ausgeglichenen Haushaltes und der Abbau der bestehenden Schulden. Länder, die Kredite aus dem neuen 'Rettungsfonds' ESM erhalten wollen, müssen sich verpflichten zuvor den Fiskalpakt ratifiziert zu haben.
- Die Anforderungen an die Haushaltsdisziplin sind erheblich schärfer als nach dem Maastricht-Vertrag. Die Forderung lautet, mindestens einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen; das erlaubte strukturelle Defizit darf in der Regel 0,5 % nicht überschreiten.
- Ein Land, das gegen die Defizitregeln des Fiskalpaktes verstößt, soll von anderen vor den Europäischen Gerichtshof gezerzt werden und mit Strafzahlungen von 0,1 % des BIP belegt werden.
- EU-Länder, deren Staatsverschuldung höher als 60 % ist, d. h. beinahe alle, werden zu einem festgelegten Defizitabbau gezwungen. Laut Berechnungen des DGB bedeutet das für Deutschland, Einsparungen in Höhe von 30 Mrd Euro pro Jahr vornehmen zu müssen. Nun geht der Gesetzentwurf zur zweiten Bankenrettung aber von einer höheren Kreditaufnahme des Bundes für den Finanzmarktstabilisierungsfonds aus. Es ist unschwer auszumachen, welche Politikbereiche von „der konsequenten Konsolidierungspolitik der Bundesregierung“ getroffen werden. Den Schuldenabbau durch die Rückkehr zu höheren

<sup>3</sup> Siehe dazu: [Stefan Welzk](#) Lobby-Kunst und Renten-Gau. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2012 <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/februar/lobby-kunst-und-renten-gau>

Gewinn- und Vermögenssteuern zu erzielen, kommt im Horizont der EU-Ideologie erst gar nicht vor, da dies ja die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährden würde, heißt sich im Kostenniveau mit China zu messen.

- Es ist unschwer auszumachen, auf wessen Kosten die Einsparungen erfolgen werden und wie dieser Fiskalpakt als Quasi-Überverfassung die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes wie den Richtungswechsel der Politik durch Wahlen eliminieren soll.

In seiner frühen Kritik an der EU-Verfassung – heute Lissabon-Vertrag - hat Prof. Ulrich Duchrow die neoliberale Ausrichtung der EU strategisch eingeordnet:

Die wenigsten Europäer werden wissen, daß diese Umwandlung von demokratischen und sozialstaatlichen in neoliberale, militaristische Verfassungen einer weltweiten Strategie der USA entspricht. Bereits 1988 wurde diese im Santa Fe II-Dokument für Präsident Bush sen. entwickelt. Danach soll Demokratie nicht mehr verstanden werden als die Staatsform gewählter Regierungen, die dem Volk verpflichtet sind. Denn diese sind ja nur „Regierung auf Zeit“. Vielmehr gehe es in der Demokratie um die Stärkung der „permanenten Regierung“, die nicht mit den Wahlen wechsele, nämlich um die Stärkung der militärischen, juristischen und zivilen Bürokratien. Denn sie allein seien in der Lage, die Freiheit der Gesellschaft zu schützen: die Freiheit der Unternehmer, der Märkte, des Kapitals. Dies alles heißt „demokratischer Kapitalismus“ (Ulrich Duchrow, Der Gott der EU-Verfassung, Zeitschrift Entwicklungspolitik 5/6 2004)

Oder in den Worten Merkels: Es wird die „marktkonforme Demokratie“ verordnet.

(2)

**In die Führungsetagen von Politik und Wirtschaft sind Spontis eingezogen, die nach der Devise handeln: legal – illegal – scheißegal.**

Im Oktober 2010 hat die Bahn illegal Baume im Schlossgarten gefällt. Dies war u. a. möglich, weil dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim bei einer Eilentscheidung entscheidende Dokumente vorenthalten wurden. Hätte der neue Polizeipräsident Züfle nicht im Januar im Innenministerium angefragt, ob denn die neuerlichen Fällarbeiten im Schlossgarten auf einwandfreier rechtlicher Grundlage stehen, wäre der Mittlere Schlossgarten ohne Genehmigung platt gemacht worden. Die Bahn hatte es 15 Monate lang nicht für nötig befunden, die erforderlichen Unterlagen zur Erfüllung natur- und artenschutzrechtlicher Auflagen dem EBA einzureichen. Auch die Ende Januar 2012 vom EBA verfügte Aufhebung des Fällverbotes ist an Auflagen gebunden, die laut PM des BUND vom 9.2.2012 (noch) nicht erfüllt wurden: „Es fehlt die zwingend vorgeschriebene Abstimmung mit dem Regierungspräsidium (RP) als höherer Naturschutzbehörde sowie mit der Stadt Stuttgart. Das RP hatte der 'Maßnahmenplanung' nicht zugestimmt, die Stadt Stuttgart wurde gar nicht erst konsultiert. In der Konsequenz der Argumentation des VGH bedeutet dies, dass Baumfällungen derzeit gegen den Planfeststellungsbeschluss verstoßen und damit rechtswidrig sind“, so Brigitte Dahlbender“. ([http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/eba-muss-landschaftspflegerische-ausfuehrungsplanung-verbindlich-einfordern/?tx\\_ttnews\[backPid\]=1921&cHash=cff22dfef9](http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/eba-muss-landschaftspflegerische-ausfuehrungsplanung-verbindlich-einfordern/?tx_ttnews[backPid]=1921&cHash=cff22dfef9) )

Der Vermummte, der aus den Reihen der Demonstranten heraus am 30.9.2010 Pfefferspray in Richtung der Polizei sprühte und mit dem der Vorwurf der Gewalt der Demonstranten gegen die Polizei begründet wurde, wurde von der Staatsanwaltschaft nicht gesucht. Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, da es keine Anhaltspunkte gebe, dass es sich um einen Polizeibeamten gehandelt haben könnte, der als Agent Provocateur fungierte und weil ein Kläger keine Videoaufzeichnungen der Tat an die Staatsanwaltschaft übergeben habe! (Brief von Oberstaatswalt Häußler an die Autorin, 26.11.2010).

Am 20.6. wurde ein aufmerksamer Bürger, der einen bewaffneten Zivilbeamten als Provokateur stellte und verfolgte, des versuchten Totschlags angeklagt, obwohl jener Zivilbeamte wenig später telefonierend in einem Polizeibus gefilmt wurde.

Die Bahn setzt ihre zerstörerischen Maßnahmen fort, ohne dass eine vollständige Planfeststellung vorliegt. Sie bestellt eine Tunnelvortriebsmaschine bei der Firma Herrnknecht, obwohl die Planänderung für das dazu gehörende Tunnelverfahren vom Eisenbahnbundesamt (EBA) noch nicht genehmigt ist. Im Stuttgarter Schlossgarten hat sie eilig Fakten geschaffen, obwohl für das Grundwassermanagement die rechtlichen Grundlagen fehlen. Noch nicht einmal ein Antrag mit der aktuell für gültig gehaltenen Wassermenge liegt vor.

Das Bahnprojekt ist von Anfang an begleitet von Täuschung und Betrug der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Gremien. Besonders gravierend sind die beschönigten Kosten und die Lüge über die Leistungsfähigkeit des neuen Tiefbahnhofs. Hieß es zu Beginn im Planfeststellungsbeschluss noch, S 21 könne mit der Hälfte der Gleise doppelt so viele Züge durchbringen wie der Kopfbahnhof, war es bei der Schlichtung nur noch ein Drittel mehr. Selbst dieses Drittel hat der sogenannte Stresstest der Bahn nicht seriös nachgewiesen. Unter Zugrundelegung bahneigener Vorschriften für Simulationen ermittelten Eisenbahnexperten wie Christoph Engelhardt einen erheblichen Rückbau der Schiene, der weder landespolitisch gewollt noch vom Bundesverkehrsminister genehmigt noch durch die Volksabstimmung legitimiert ist. Eine Gruppe engagierter Eisenbahnexperten entdeckte im Simulationsprogramm Railsys der Bahn Anfang Februar einen Softwarefehler. Korrigiert man diesen, wird die in der Schlichtung vereinbarte Leistungsfähigkeit völlig zur Makulatur. Trotz der angeführten neuen Fakten, die die Legitimation des Gesamtprojektes in Frage stellen, hat die Bahn die Baumfällung Mitte Februar veranlasst und Ministerpräsident Kretschmann gesteht ihr das Recht dazu und den Polizeischutz dafür zu.

Die bisherigen Erfahrungen mit Stuttgart 21 zeigen jedoch auch, dass die Missachtung von Vorschriften und rechtlichen Normen durch die Bahn ohne die Forcierung des Projektes von seiten der Kommunal- und Landespolitik nicht möglich wären. Eine politische Klasse, die die neue Infrastruktur nur als propagandistischen Vorwand für Immobilienprojekte missbraucht, lässt der Bahn bei der Realisierung freie Hand, ermöglicht das angebliche Jahrhundertvorhaben erst durch eine ganze Liste von haarsträubenden Ausnahmen von Sicherheitsbestimmungen (Bahnsteigneigung, Tunnelwandstärke, Tunnelquerschnitt) und lässt sich bei der Finanzierungsvereinbarung über den Tisch ziehen. Dies ist für mich ein politischer Betrug an den BürgerInnen, SteuerzahlerInnen und BahnfahrerInnen. Die Bahn indes ist wenigstens an einem Punkt ehrlich. Bei der Realisierung des Projektes S 21 + NBS ist für die Bahn „im Hinblick auf die Zukunft des Unternehmens von besonderem Interesse“, dass „keine unkalkulierbaren Risiken entstehen und dass die Wirtschaftlichkeit dargestellt ist“ (Finanzierungsvereinbarung, Art. 2, Abs. 2). (Die Risiken versucht die Bahn auf die Auftragnehmer abzuwälzen, was bislang misslingt).

Die Verquickung von Politik und Finanz(wirtschaft) findet sich ebenfalls beim europäischen Rettungsschirm. Nicht die Griechen, Iren oder Portugiesen werden gerettet, sondern die Gläubiger der jeweiligen Staatspapiere werden bedient, also Partikularinteressen der Finanzwirtschaft. (Die Hilfskredite an Griechenland sind nur ein Durchlaufposten auf dem Konto des Finanzministers. 80 % der Kredite wandern gleich auf die Konten der Gläubiger.)

Die sog. Eurorettung findet jenseits des geltenden Lissabon-Vertrags statt (der eine No-Bailout-Klausel vorsieht) und an ihm vorbei. Dieser Vertrag wurde gegen massiven Widerstand der Bevölkerung (sichtbar insbesondere bei Volksabstimmungen in Frankreich, Irland, den Niederlanden) und unter Vortäuschen falscher Tatsachen, den EU-Bevölkerungen mit der Begründung aufoktroiert, es werde ein Europa der BürgerInnen und der Demokratie geschaffen.

Vom Europa der Bürgerinnen und Demokratie ist bei dem eilig gestrickten Fiskalpakt indes nichts zu sehen. Die Bestimmungen wurden von einer Arbeitsgruppe „Fiskalpolitische Stabilitätsunion“ ausgearbeitet, an der Vertreter aller 27 Mitgliedstaaten teilnahmen. Vertreter des Europäischen Parlamentes waren nur als Beobachter zugelassen. Weder die nationalen Parlamente noch die Zivilgesellschaft wurden konsultiert. Die EU-Kommission soll indirekt die Einhaltung der Schuldenbremse überwachen und dafür sorgen, dass EU-Länder vor dem EuGH verklagt werden,

obwohl ihr diese Rechte bei einem zwischenstaatlichen Vertrag nicht zustehen.

Statt die Statuten der Europäischen Zentralbank, die sich in der Krise als falsch und Hemmschuh zur Krisenbewältigung herausgestellt haben, zu ändern, wird an ihnen vorbei gemogelt, indem die EZB den Banken Staatsanleihen verschuldeter Länder abkauft, was die Statuten eigentlich verbieten.

Die Bürgschaften, die Deutschland im Rahmen der diversen 'Eurorettung'smaßnahmen übernimmt (wozu nicht nur die Rettungsschirme, sondern auch die Haftung für EZB-Anleihenkäufe und Verpflichtungen aus dem Target-Verrechnungssystem gehören), sind so hoch, dass sie das Haushaltsrecht als Königsrecht der Parlamente, aushebeln. (Bei Zahlungsunfähigkeit von Irland, Griechenland, Portugal, Spanien und Italien beträgt die deutsche Haftungssumme 650 Mrd Euro, laut Joachim Jahnke, Februar 2012).

Besonders schlimm ergeht es den Bevölkerungen in den Krisenländern, - in Griechenland zum Beispiel, wo rückwirkend erhobene neue Steuern gleich vom Lohn einbehalten werden, wo Menschen, die die Immobilienabgabe nicht zahlen können, der Strom abgestellt werden soll, wo das Kündigungsverbot im öffentlichen Dienst umgangen wird, indem 10.000 Menschen in eine Arbeitsreserve mit geringem Lohn zwischengeparkt werden, wo Berufserfahrung in der Privatwirtschaft nicht mehr mit höherem Lohn vergolten werden darf, wo Lohnkürzungen in der Privatwirtschaft von über 20 % verfügt werden, oder wo die Troika gar verlangt, alle Tarifverträge außer Kraft zu setzen. Dass die Beschlüsse von Regierung und Parlament in Griechenland, neue Tarifverträge mit höheren Löhnen zu verbieten, gegen die EU-Grundrechtecharta verstoßen, scheint die offizielle Politik in EUropa nicht zu stören.

Aus deutschen Regierungskreisen wurde gefordert, Griechenland unter die Kuratel eines Sparkommissars zu stellen. Das Papier war überschrieben mit „Assurance of Compliance“, was man mit Regeltreue, aber auch Fügsamkeit übersetzen kann. Griechische demokratische Institutionen sollten unter „Vormundschaft“ gestellt und kurzerhand die Verfassung eines souveränen Staates außer Kraft gesetzt werden. Jens Berger kommentiert den Vorgang auf den Nachdenkseiten: Ein solcher Eingriff in die Haushaltshoheit, das historische 'Königsrecht' der Parlamente, war „in der Geschichte bisher nur durch Gewalt- oder Kriegsandrohung oder durch militärische Besetzung“ bekannt. Kein Wunder, dass in der griechischen Presse der Sparkommissar mit dem Gauleiter während der Nazi-Besetzung Griechenlands verglichen wurde.

### **(3)**

#### **Gerade die dreiste Missachtung von Normen und Vorschriften wird belohnt.**

Seit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft fährt die Bahn auf Verschleiß. Sie hält Instandhaltungsintervalle nicht ein; zum Zwecke der Kostenersparnis und Bilanzaufhübschung, um für private Investoren interessant zu sein. Trotzdem kassiert sie Gebühren für den Bahnhof und die Trassen, ohne etwas dafür zu tun. Im Gegenzug zahlen wir BürgerInnen einen neuen Bahnhof und die Neubaustrecke, die dann ins Anlagevermögen der Bahn überführt wird!

Rechtswidrig Fakten zu schaffen und sich der politischen Kontrolle zu entziehen wird belohnt. Dem Stresstest-Betrug folgen weder politische noch juristische Konsequenzen seitens der Bundes- oder Landesregierung. Den berechtigten Zweifeln an der Einhaltung des Kostenrahmens von 4,5 Milliarden Euro zum Trotz setzt die Landesregierung keine Lenkungskreissitzung durch und überweist unter Hinweis auf das Baurecht der Bahn und die eigene Projektförderpflicht brav die 24 Millionen Euro-Landesrate an die Bahn. Je mehr voreilige Zerstörungen die Bahn in Stuttgart anrichtet (Bäume vor dem Wagenburgtunnel, Südflügel, Schlossgarten), umso mehr läuft die Zeit für die Bahn und soll die Politik sich resigniert in die spät eingestandene Überschreitung des Kostenrahmens fügen.

Investmentbanken vertrieben sogenannte innovative Finanzprodukte, auf deren Verfall sie gleichzeitig wetteten. In internen E-Mails, die nicht für die Öffentlichkeit gedacht waren, sprachen die Händler Klartext. Ein Wertpapier-Händler der City-Group hat diese Papiere als „Hundescheiße“ bezeichnet. Goldman-Finanzchef David Viniar äußerte sich über synthetische, an Subprime-Hypotheken gekoppelte Kreditprodukte im Jahr 2006: „Lasst uns diese Dinger aggressiv verteilen, denn es wird sehr gute Gelegenheiten geben, wenn der Markt in eine wahrscheinlich noch schlimmere Notlage gerät, und wir wollen positioniert sein, um das auszunutzen.“ Als Gegenpart für Finanzwetten fand man die Düsseldorfer IKB, deren Gutgläubigkeit (oder Hybris, auch beim großen Finanzrad mitdrehen zu wollen) US-Hedgefonds ausnutzten, um risikolose Gewinne in Milliardenhöhe zu scheffeln. Den deutschen Steuerzahler kosteten die Deals 10 Milliarden Euro, als die IKB vor der Pleite stand. Zum Wert der Ratings für die undurchsichtigen Finanzprodukte schrieb ein Mitarbeiter der Rating-Agentur Standard&Poors: „Wir werten jeden Deal. Er könnte von Kühen strukturiert sein, und wir würden ihn werten.“

Die jetzige Staatsschuldenkrise in Europa resultiert wesentlich aus der Übernahme von Banken-Verlusten aus den Jahren 2008 und 2009. Diese Banken-Verluste stammen zu einem sehr großen Teil aus Spekulationen über Zweckgesellschaften in Steueroasen, die jenseits der Bankbilanzen getätigt wurden, aus Wettgeschäften, aus betrügerischen Ratings von strukturierten Finanzprodukten, häufig aus kriminellen Geschäften. Die Chefs eben jener Banken, die zuvor die Volkswirtschaft durch ihre verantwortungslosen Geschäfte an den Abgrund getrieben haben, werden von den Politikern eingeladen, uns ihre Rechnung zur Begleichung vorzulegen, ihre eigene Rettung mit unserem Geld zu beschließen. Ihre Verluste werden ohne Prüfung bedient; keine Bank musste die Berechtigung ihrer Ansprüche prüfen lassen. Keine Bank musste nachweisen, wo denn die früheren Gewinne aus den Spekulationsgeschäften gelandet sind.

Stattdessen werden die Banken zusätzlich belohnt, indem die Europäische Zentralbank ihnen für drei Jahre 500 Milliarden Euro Kredit einräumt, zu 1 % Zinsen, d. h. deutlich unter der Inflationsrate. Ihre Schrottpapiere dürfen sie im Gegenzug bei der EZB als Sicherheiten hinterlegen. Seit 2012 akzeptiert diese ca 40.000 Schuldeninstrumente der europäischen Banken, rund ein Drittel mehr als noch 2011. Zum 1. März soll eine weitere halbe Billion Euro zu denselben Konditionen verteilt werden. Da selbst diese Polster vermutlich nicht ausreichen, die nächste Bankenkrise abzufangen, hat der Bundestag eilig ein weiteres Bankenrettungspaket beschlossen.

#### **(4)**

##### **Privater Profit aus Zerstörung**

„Die Eröffnung neuer, fremder oder einheimischer Märkte [...] (bedarf eines Prozesses),  
der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur *von innen heraus* revolutioniert,  
unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft.  
Dieser Prozess der 'schöpferischen Zerstörung' ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum.  
Darin besteht der Kapitalismus und darin muss auch jedes kapitalistische Gebilde leben.“  
(Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie)

Im Sinne dieses zynischen Mottos agierte der mächtige Lobbyverband „European Round Table of Industrialists“, auf dessen Initiative das EU-Kommissionsprogramm der Transeuropäischen Netze (TEN) zurückgeht, in das die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm eingebunden ist. Die Zuschüsse der EU-Kommission (also aus Steuermitteln) für TEN-Projekte sind besonders hoch, wenn u. a. natürliche Hindernisse überwunden werden, was zu einer Streckenführung mit möglichst vielen Brücken und Tunneln verleitet. Sind die privaten Profite realisiert, bleibt die Allgemeinheit regelmäßig auf den Kosten und Schäden sitzen. Im Val di Susa bei Turin, wo die Menschen seit 20 Jahren gegen die Hochgeschwindigkeitsstrecke TAV kämpfen, ist die Gesundheit der Anwohner bedeutungslos: Der Tunnel führt durch Krebs erregendes uran- und asbesthaltiges Gestein. Die spanische Regierung hat eine Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Toledo, Cuenca und Albacete kürzlich stillgelegt, weil die enormen Kosten für die öffentliche Eisenbahngesellschaft

nicht mehr tragbar sind. Neben den horrenden Baukosten verursachte diese Schnellverbindung täglich einen Verlust von 18.000 Euro, für 9 (in Worten neun) Fahrgäste. Obwohl der Bedarf (Fahrgastaufkommen, Gütertransport) bei solchen Verkehrsprojekten regelmäßig auf illusorisch hohe, falsch kalkulierte Zahlen prognostiziert wird (wie für die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm ja auch schon nachgewiesen ist), ist kein Umdenken in Sicht.

In Stuttgart werden ein intakter, denkmalgeschützter, für wenig Geld zu ertüchtigende Bahnhof und schöner Schlossgarten zerstört, die einzigartigen Mineralquellen gefährdet, um der Bahn und anderen privaten Konzernen Gewinnchancen zu eröffnen. Prof. Bodack weist z. B. darauf hin, dass die Bahn pauschal 15 – 20 % der Kosten für Eigenleistungen (eigene Planungsleistungen) erhält. Sie muss daher ein betriebswirtschaftliches Interesse an möglichst hohen Projektsummen und an Neubauprojekten haben. Entsprechend sind Instandhaltung und Reparaturmaßnahmen, um die Kapazität des Netzes zu steigern, für die Bahn finanziell uninteressant. Lieber lässt sie die bestehende Infrastruktur verrotten, führt Langsamfahrstellen ein (z. B. auf der Strecke nach München), um so künstlich den Bedarf für eine neue schnelle Trasse zu schaffen. Die Bahn verdient an der passiven Zerstörung der Infrastruktur doppelt: Sie erhält vom Steuerzahler eine neue bezahlt und darf dafür erhöhte Entgelte kassieren.

Zum Prinzip der privaten Profite aus Zerstörung gehört die Zerstörung und Enteignung von Gemeingütern im weiteren Sinne. Die Profiteure sollen dabei möglichst im Dunkeln bleiben. Die eigentlichen Geldströme beim Bau von Stuttgart 21 und Neubaustrecke wurden verschleiert, bevor die Bewegung für den Erhalt des Kopfbahnhofs dazu genaue Aufstellungen veröffentlichte. Wir erinnern uns an Sprüche wie, der Bahnhof werde Baden-Württemberg geschenkt.

Der jüngst vollzogene Verkauf von 21.000 LB-BW-Wohnungen an die Augsburger Patrizia Immobilienheuschrecke stellt ein Bindeglied zwischen Bankenkrise, Stuttgart 21 und der Enteignung von öffentlichen Gütern dar, die vom EU-Recht zum Auswaiden freigegeben werden. Nach Spekulationsverlusten wurde auch die LB-BW 2009 durch direkte Kapitalhilfe sowie Bürgschaften für Risikopositionen im zweistelligen Milliardenbereich durch öffentliche Gelder gestützt. Im Gegenzug verlangte die EU-Kommission als Oberaufseherin über den freien Wettbewerb und das Verbot staatlicher Beihilfen den Verkauf der LB-BW-Immobilien. Mit im Paket enthalten ist das „Eisenbahnerdörfle“ am Nordbahnhof, dessen weniger finanzkräftige Mieterschicht nach der Inbetriebnahme von S 21 und der Aufwertung des Gebietes vertrieben werden dürfte.

Die Refinanzierungskrise einzelner EU-Staaten wird von den politischen und wirtschaftlichen Eliten der EU als willkommene Gelegenheit genutzt, die neoliberale Zurichtung Europas zu vollenden und die letzten Reste des Sozialstaates, der Nachkriegsfortschritte im Arbeitsrecht, der öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlicher Unternehmen zu eliminieren. Als Legitimation dient der – allen Fakten zum Trotz über die Mainstreammedien unablässig wiederholte - Schuldvorwurf, wonach die Staaten über ihre Verhältnisse gelebt hätten und nun sparen müssten.

Alle Kredite an europäische Schuldenländer sind an die Bedingung forcierter Privatisierungen geknüpft: Grund und Boden, Telekommunikation, Elektrizität, Wasserversorgung, Eisenbahn, Häfen und mehr. In Griechenland sollen die gut 150 Staatsfirmen privatisiert werden. Um für Käufer attraktiv zu sein, müssen sie sich zuvor von für überflüssig erklärtem Personal trennen. Gesellschaftliches Eigentum wird unter Druck verschleudert, die Zeche zahlt der Staat mit höheren Sozialleistungen und die betroffenen Beschäftigten mit der Vernichtung ihrer Existenzgrundlage. Die Troika verlangt in Griechenland, alle Tarifverträge außer Kraft zu setzen, d. h. das Tarifrecht zu zerstören. Haustarife sollen Flächentarife unterschreiten dürfen.

Die finanzielle und wirtschaftliche Notlage Griechenlands wird von sog. Investoren ausgenutzt, um die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen (die in der Regel mit Vergünstigungen bei Steuern und Abgaben, Umweltauflagen, Löhnen und Arbeitszeiten einher gehen) zu erpressen.

Die Zerstörung von Gesundheit, Einkommen, Sozialstaat, Existenz und Lebensperspektiven der europäischen Bevölkerungen wird angeordnet, um die Ansprüche der Gläubiger zu bedienen. 80 % der europäischen Hilfskredite werden gleich an die Gläubiger Griechenlands weitergereicht. Die Regierung in Athen soll jeweils den Betrag für den Schuldendienst des kommenden Quartals auf ein Sperrkonto einzahlen, das ihrer Verfügungsgewalt entzogen ist. Der Vorrang von Zins und Tilgung vor anderen Ausgaben soll binnen zwei Monaten gesetzlich festgeschrieben und sobald wie möglich auch in die Verfassung aufgenommen werden.:

Die Profiteure (Banken, Investoren, Pensionsfonds) bleiben in den Mainstream-Medien ungenannt; über sie wird der sprachliche Schleier der Rettung ('Eurorettung', 'Rettungsschirm', 'Rettung des Friedens in Europa') oder apokalyptischer Metaphern („Kernschmelze des Finanzsystems“, „Wir haben in den Abgrund geschaut“) gebreitet.<sup>4</sup>

## **Wieso der Kampf gegen S 21 exemplarisch ist – Einige Schlussfolgerungen für das Demokratieverständnis und politische Handeln von sozialen Bewegungen**

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten  
Was sind das für Zeiten, wo  
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist  
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!  
(Bertolt Brecht, An die Nachgeborenen)

Lebte Bert Brecht heute, müsste er sein Gedicht umschreiben:  
Was sind das für Zeiten, wo  
Das Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist  
Weil es die Aufklärung über so viele Untaten einschließt!

Die Ernüchterung darüber, dass Repräsentanten die Verantwortung für getroffene Entscheidungen nicht übernehmen und (auch ohne bösen Willen) nicht übernehmen können, muss m. E. in einer Beschränkung der Entscheidungsrechte von Repräsentanten münden. Entscheidungen, die nicht umkehrbar sind oder nicht rückholbare Folgen nach sich ziehen (können), müssen tabu sein. Entscheidungen deren Reichweite weit in die Zukunft reicht und hohe Verpflichtungen auferlegt – s. Programme zur Bankenrettung - brauchen eine breitere Legitimationsgrundlage, insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass Regierungen heutzutage nur noch etwa 1/4 der erwachsenen Bevölkerung hinter sich haben.

An der Bewegung gegen Stuttgart 21 kann man erkennen, welches Potential brach liegt, wenn man demokratische Beteiligung verkürzt auf Wahlen. Eine solidarische Kultur der Demokratie wird im täglichen konstruktiven Protest gelebt:

- Eine verantwortliche Bürgergesellschaft, die sich informiert, statt Schlagzeilen und Sprechblasen zu vertrauen, nutzt Kundgebungen als Bildungsveranstaltungen in Geologie, Verkehrstechnik, Denkmalschutz, Architektur, Naturschutz, ...
- Die Stärke liegt in der Vielfalt der beteiligten Einzelpersonen und Gruppen und ihrer jeweiligen fachlichen, persönlichen oder strategischen Kompetenz, Protestformen und Glaubwürdigkeit. Es wächst das Vertrauen in die eigene Expertise, das nicht hoch genug bewertet werden kann. Um das zunehmende Selbstbewusstsein sozialer Bewegungen zu unterminieren

<sup>4</sup> Zum Weiterlesen: „Die Geister, die ich rief ...“ Wie die neoliberale Zurichtung EUropas in die Eurokrise mündete. Basisinformation der Attac EU-Gruppe Stuttgart <http://www.attac-netzwerk.de/stuttgart/neuigkeiten-und-archiv/artikel/datum/2011/12/11/die-geister-die-ich-rief/?cHash=ea08283c567a79458af495c7c0e3804f>  
„Von Schmarotzern, Schocktherapien und Scheinlösungen“. Vortrag von Elke Schenk auf dem attac-Plenum am 14.01.2011 <http://www.attac-netzwerk.de/stuttgart/neuigkeiten-und-archiv/artikel/datum/1970/01/01/von-schmarotzern-schocktherapien-und-scheinloesungen/?cHash=151c41980b36d7f6b795ded450e87e39>

und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, inszenieren Machteliten bewusst die PR-Strategie der „Confusion and Resignation“. Die Menschen werden mit sich widersprechenden angeblich wissenschaftlichen Studien überschwemmt, deren fragwürdige Methoden, Prämissen und Finanzierung nicht offengelegt sind. Sie sollen dadurch in ihrer Einschätzung und ihrem Wissen (auch gesundem Menschenverstand, dass z. B. die Hälfte der Gleise nicht doppelt so viele Züge abwickeln können) verunsichert werden und sich aus der politischen Beteiligung resigniert zurückziehen, nach dem Motto: Wenn die Experten sich schon nicht einig sind, kann ich als Laie das ja gar nicht beurteilen.

- Konkret erlebbare Solidarität wird der „neoliberalen Schrumpfform des Menschen“ (Hans-Peter Dürr) täglich entgegengesetzt (Baumpaten, Mahnwache, Kopf-hoch-Team, Versorger usw).
- Die Protestbewegung erschöpft sich nicht im Nein-Sagen, sondern entwickelt eine konkrete Alternative (K 21 incl. Fahrplan).

Der Widerstand gegen Stuttgart 21 zeigt, dass Verfahren, deren Bedingungen wir nicht bestimmen können (s. Volksabstimmung, Stresstest) oder an denen wir uns mit zu gering entwickelter strategisch-analytischer Nüchternheit naiv beteiligt haben (Schlichtung und Schlichterspruch), zum Verlust von Deutungshoheit und Widerstandskraft und zur Spaltung führen. Die Gefahr, sich als soziale Bewegung auf Verfahren einzulassen, hat der Soziologe Niklas Luhmann eindrücklich beschrieben:

„Funktion des Verfahrens ist mithin die Spezifizierung der Unzufriedenheit und die Zersplitterung und Absorption von Protesten. Motor des Verfahrens aber ist die Ungewissheit über den Ausgang. Diese Ungewissheit ist die treibende Kraft des Verfahrens, der eigentlich legitimierende Faktor. Sie muss daher während des Verfahrens mit aller Sorgfalt und mit Mitteln des Zeremoniells gepflegt und erhalten werden – zum Beispiel durch betonte Darstellung der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, durch Verheimlichung schon gefasster Entscheidungen ... Die Spannung muss bis zur Urteilsverkündung wachgehalten werden. Die Ungewissheit wird nämlich als Motiv in Anspruch genommen, um den Entscheidungsempfänger zu unbezahlter zeremonieller Arbeit zu veranlassen. Nach deren Ableistung findet er sich wieder als jemand, der Normen in ihrer Geltung und die Entscheidenden im Amt bestätigt und sich selbst die Möglichkeit genommen hat, seine Interessen als konsensfähig zu generalisieren und größere soziale oder politische Allianzen für seine Ziele zu bilden. Er hat sich selbst isoliert. Eine Rebellion gegen die Entscheidung hat dann kaum noch Sinn und jedenfalls keine Chancen mehr. Selbst die Möglichkeit, wegen eines moralischen Unrechts öffentlich zu leiden, ist verbaut.“ (Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Frankfurt am Main 1969).

Diese Analyse kennzeichnet die Lage großer Teile der K21-Bewegung seit der Schlichtung. (S. die Analyse von Winfried Wolf: Schwere Niederlage der S21-Gegner ... 1.12.2010 <http://www.bei-abriss-aufstand.de/2010/12/01/winfried-wolf-schwere-niederlage-der-s21-gegner/> ) Wie können wir erreichen, dass sich selbst die Verfahren, die wir befürworten und mit denen wir Hoffnung verbinden, nicht gegen uns richten?

Ich denke, dass es jenseits von Meinungen überprüfbare Fakten und Tatsachen – auch Wahrheiten - gibt, auf deren Kenntnisnahme und Geltung wir beharren müssen. Sonst geschieht, was exemplarisch an der S-21-Volksabstimmung abgelesen werden kann: Es werden Fakten unterschlagen und eine Volksabstimmung über eine Sachfrage zur Abstimmung über Meinungen degradiert. (Vgl. die hervorragende „Gegenrede zu Boris Palmers Facebook-Posting an die Bewegung gegen Stuttgart 21 von Dr. Jürgen Maier <http://www.unser-pavillion.de/statements.html> 9.2.2012) (Siehe exemplarisch dafür das Interview mit Ministerpräsident Kretschmann vom 16.2.2012 <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-kretschmann-der-kampf-gegen-stuttgart-21-ist-vorbei.031f2b89-4cbb-48b7-bce1-2eca35b25855.html> ).

Die dramatischen Umstände, unter denen die Vernichtung des Schlossgartens durchexerziert wurde (trotz von prominenter Stelle neu vorgelegter Fakten), machen deutlich, dass soziale

Bewegungen das Konfliktfeld, auf dem sie agieren, genau erfassen müssen. Die Gegenseite hat früh gewusst, dass wir die Machtfrage stellen. Insofern zeigen das beharrliche Ignorieren von Fakten, das Festhalten an einem rational nicht begründbaren Projekt, die Versuche zur Kriminalisierung der sozialen Bewegung, dass es den politischen und wirtschaftlichen Betreibern von S 21 nicht eigentlich um den Bahnhof, sondern um Herrschaftssicherung und Unterwerfung geht. In Stuttgart erweise sich, ob solche Großprojekte in Deutschland noch durchführbar seien (Bahnchef Grube), dass Deutschland außenpolitisch glaubwürdig agiert, im Hinblick auf die Schocktherapien, die Griechenland auferlegt werden (Kanzlerin Merkel), ob sich die Industrie „einem Teil der Öffentlichkeit beugen“ würde (Dieter Hundt), kurz: ob „das Geld über die Vernunft“ siegt (Stuttgarts Kämmerer Föll im Kontext des Verkaufs der LB-BW-Immobilien). Deshalb musste der Schlossgarten als 'Tempel' unseres Widerstandes und unserer Lebens- und Demokratievorstellungen fallen, und deshalb müssen die S-21-Betreiber an der Stelle unserer Heiligtümer ihren neuen Tempel bauen aus Beton, Stahl, Profit. Deshalb müssen alle Symbole unserer Widerständigkeit aus dem öffentlichen Raum getilgt werden, laut Finanzminister Schmid, der wie ein Feudalherr über den Schlossgarten verfügt.

Wir stoßen sowohl im Zusammenhang mit Stuttgart 21 als auch bei der Banken- und Eurokrise immer wieder an die Eigentumsfrage: Wem gehört die Stadt, der Park, das Wasser, die Bahn? Während das private Eigentumsrecht seit der Französischen Revolution als „heiliges Recht“ gilt und weit reichenden Schutz genießt, besteht dieser Schutz für Gemeingüter und von der Gemeinschaft errichtete und finanzierte Güter nicht. Hierauf ist der Anspruch des Demokratischen und Sozialen aus meiner Sicht dringend zu erweitern. Die Privatisierung der Bahn, die maßlosen Banken-Bailouts, die Privatisierung der LB-BW-Wohnungen, aber auch die sinnlose Zerstörung des Schlossgartens stellen Enteignungen der Gemeinschaft dar, gegen die es bislang keinen Schutz der Verfassung oder Grundrechte gibt bzw. den das EU-Recht unter dem Vorrang des freien Wettbewerbs sogar explizit verbietet. Eine steuerliche Umverteilung (im Sinne von höheren Vermögenssteuern, Finanztransaktionssteuer) ist zwar nötig, aber nicht ausreichend, da sie gegen die Enteignung der Öffentlichkeit nicht wirkt.

Im Unterschied zum Feudalsystem im Mittelalter liegen die Frondienste und Abgaben an die Grundherren von heute nicht so offen zu Tage. So findet die oft beklagte Umverteilung von unten nach oben hinter einem Schleier von geheimen Verträgen, No-Papers, unvollständigen Bilanzen, Public-Private-Partnerships, Schattenfinanzplätzen, Geheimkonten in Steueroasen und strukturierten Finanzprodukten oder eben Banken- und Eurorettungspaketen statt. Ein wichtiges Ziel emanzipatorischer Bewegungen ist, die Offenlegung der Zahlungsströme zu verlangen. Diejenigen, für die Menschsein sich nicht in der Existenz als Ich-AG erschöpft, die Eigentumsansprüche als Gemeinschaft erheben, indem sie sich dem Prinzip des privaten Profits aus Zerstörung entgegen stellen, müssen sich allerdings eines starken Gegenwinds bewusst sein.

Immer wenn sich etablierte Verfahren und Institutionen als wirkungslos oder Täuschung erweisen, ihre Ergebnisse als Diebstahl an der Öffentlichkeit wahrgenommen werden oder die Mehrheit sich durch die Politik nicht repräsentiert fühlt, nehmen Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. Viele Menschen, nicht nur in Europa, halten dies derzeit für **Notwendig** und entwickeln phantasievolle Aktionen des zivilen Ungehorsams. Soziale Bewegungen fordern, die staatlichen Schulden einem Schuldenaudit zu unterziehen und verabscheuungswürdige, illegitime Schulden – z. B. aus Banken-Bailouts – nicht zu zahlen. Griechische Gewerkschafter besetzten die Abrechnungsstelle der Elektrizitätsgesellschaft, die Leuten, die die Immobilienabgabe nicht zahlen können, den Strom abstellen soll. Die Bewegung der Nichtzahler in Griechenland, Den Plirono, wächst ebenso wie die in Spanien (Yo no pago) oder die der Indignados – Empörten. Sie fordern **Democratia real Ya – Echte Demokratie jetzt!**

Nicht zuletzt halte ich die Bewegung gegen Stuttgart 21 für exemplarisch und vorbildlich, weil sie über viele Jahre trotz Rückschlägen, Spaltung, Entmutigung und Kooptation eines Teils der Aktiven an ihrem Ziel festhält. Dieses Durchhaltevermögen werden wir in den kommenden Jahren brauchen. Denn angesichts der globalen Krisenlage ist Stuttgart 21 nur ein Vorspiel.

Howard Zinn gab kurz vor seinem Tod den sozialen Bewegungen sein Vermächtnis mit auf den Weg:

**„Wir sollten das Spiel nicht verloren geben, bevor nicht alle Karten ausgespielt sind.“**

„Wir vergessen, wie oft wir durch das plötzliche Zerbröckeln von Institutionen, durch außergewöhnliche Veränderungen im Denken der Menschen, durch unerwartete Aufstände gegen Tyrannen und durch den schnellen Zusammenbruch von Machtstrukturen, die unüberwindbar schienen, überrascht wurden.“ (In: Znet, Alternet, 2.2.2010)

In diesem Sinne, physisch und psychisch: Oben bleiben!